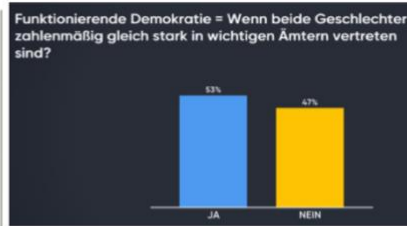


„Mehr Frauen in die Politik?!“

Schülerinnen und Schüler der Deutschen Schule Izmir diskutieren diese Frage



Meinungsbild
VOR DEM PROJEKT



Meinungsbild
NACH DEM PROJEKT

Artikel 3 Grundgesetz

- (1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
- (2) **Männer und Frauen sind gleichberechtigt.** Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
- (3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

DSI AKTUELL

Interview mit Annegret Kramp-Karrenbauer



Bundesministerin für Verteidigung und CDU - Vorsitzende

Pressefoto der CDU-Vorsitzenden Annegret Kramp-Karrenbauer.

© Foto: CDU / Laurence Chaperon

Warum entschieden Sie sich in die Politik zu gehen? Mich hat schon immer der Antrieb geleitet, etwas gestalten zu wollen, mich einzubringen und nicht nur vom Seitenrand zuzuschauen. Ich möchte etwas bewegen, möchte das Leben der Menschen in unserem Land mit guter Politik nachhaltig verbessern.

Wie stehen Sie zum Titel unseres Projektthemas „Mehr Frauen in die Politik!“? Eine wichtige Aufgabe für unsere Gesellschaft, die ich aus voller Überzeugung unterstütze. Wie viele Frauen sind Mitglieder Ihrer Partei? In meiner Partei sind leider nur 26 Prozent der Mitglieder weiblich. Das ist viel zu wenig und wir sind dabei, daran etwas zu ändern.

Warum sollte es mehr Frauen in der Politik geben? Es ist offenkundig, dass Frauen in der Politik deutlich unterrepräsentiert sind. Frauen sind keine Minderheit, sondern stellen mehr als die Hälfte der Bevölkerung in diesem Land. Entsprechend haben wir Frauen das Recht mitzubestimmen und die Weichen für unsere Zukunft zu stellen.

Welche Rolle spielt die Geschlechtszugehörigkeit in der Politik? Es spielt tatsächlich eine Rolle. Frauen und Männer sind sehr unterschiedlich, auch in ihrer Herangehensweise an Problemstellungen. Und das ist auch gut so. Genau deshalb brauchen wir mehr Frauen, die sich politisch einbringen – damit unsere Perspektive stärker berücksichtigt wird. Unsere Demokratie lebt von Kompromissen und gerade in politischen Verhandlungen habe ich immer wieder festgestellt, wie wichtig Impulse von Frauen sind, um zu Einigungen zu kommen.

Fühlen Sie sich innerhalb Ihrer Partei gleichberechtigt oder gleichgestellt? In der Politik bekommt man nichts geschenkt, auch nicht als Frau. Was das Thema Frauensolidarität anbelangt, so hält sich ja das Märchen, dass Frauen nicht solidarisch sind bzw. sein können. Meine eigenen Erfahrungen sind da ganz andere. Ich konnte mich immer auf die Frauen verlassen, insbesondere auf die Mitstreiterinnen in der Frauen Union. Wir haben dort vieles gemeinsam durchgekämpft, von der Mütterrente bis hin zum Quorum. Und es ist ein Netzwerk, das mehr ist als nur eine Seilschaft bis ins nächste Amt. Dort entstehen persönliche Freundschaften und es trägt auch in schwierigen Phasen. Ich glaube, diese Art von Netzwerken unterscheiden die Frauen von den Seilschaften, die wir häufiger bei Männern sehen.

Gab es Situationen, in denen Sie sich nicht gleichberechtigt bzw. gleichgestellt gefühlt haben? Die gab es natürlich. Aber es liegt in meiner Natur, mich damit nicht abzufinden. Wie eingangs erwähnt lässt mich mein innerer Antrieb immer weitermachen. Und genau das möchte ich auch anderen Frauen mitgeben und zu mehr Selbstbewusstsein ermutigen.

Nehmen Sie trotz Gleichberechtigung einen Unterschied beim Umgang zwischen Männern und Frauen in der Politik wahr? Es ist mir schon häufiger aufgefallen, dass nach einer Rede von mir nicht nur über die Inhalte diskutiert wird, sondern auch mein Aussehen oder die Kleidung, die ich auf der Bühne getragen habe, mit beurteilt wurde. Das würde Männern in dieser Form nicht passieren.

Welche Chancen und Probleme sehen Sie für die Durchsetzung der Gleichberechtigung in der Politik? Natürlich sind Frauen in der Politik gleichberechtigt. Meine Stimme hat nicht weniger Gewicht als die meiner männlichen Kollegen. Es geht meines Erachtens nach vor allem um einen gesellschaftlichen Wandel, den wir mit verschiedenen Hilfsmitteln anstoßen wollen. Unser Ziel ist, dass wir mehr Frauen politische Verantwortung kommen. Ich bin viel im Land unterwegs und lerne so viele talentierte Frauen kennen, von denen ich mir eine stärkere Einbindung in die CDU wünsche.

Statistisch gesehen, gibt es in Deutschland ca. 42 Mio. Frauen und ca. 40 Mio. Männer. Auf politischer Ebene (Kommunal-, Landes-, und Bundesebene) sind ca. 25-30 % Frauen vertreten. Wie lässt sich diese Diskrepanz auf politischer Ebene erklären? Frauen schultern oft Doppelbelastungen – im Berufs- und Privatleben. Hier müssen wir sie besser unterstützen – das gilt nicht nur für die Ausübung politischer Ämter. Auf dem Parteitag der CDU habe ich einen Paradigmenwechsel in der Familienpolitik angekündigt. Wir werden im kommenden Jahr neue Vorschläge erarbeiten.

In einem Artikel der Süddeutschen Zeitung vom 24.10.2019 ist von einem Antrag mit dem Titel „Mehr Frauen in der CDU, in Ämtern und Mandaten“ die Rede. Kennen Sie diesen Antrag und wie stehen Sie zu diesem Antrag? (<https://www.sueddeutsche.de/politik/frauenquote-cdu-antrag-parteitag-1.4654518>) Das ist ein Antrag der Frauen-Union zu unserem letzten Parteitag, der zum Ziel hatte, mittelfristig alle Vorstände, von der Kreisverbandsebene bis zur Bundesebene, paritätisch zu besetzen. Gleiches sollte für öffentliche Wahllisten gelten. Diese Zielsetzung teile ich, aber die Quotierung alleine wird nicht ausreichen.

Welche Lösungsansätze erachten Sie für sinnvoll und notwendig? Die CDU braucht mehr Frauen, als Mitglieder, in Parteiämtern und in Mandaten. Deshalb habe ich als Parteivorsitzende mit dafür gesorgt, dass wir eine Struktur- und Satzungscommission einrichten. Diese soll bis ins nächste Jahr hinein verbindliche Vorschläge erarbeiten, wie wir den Anteil weiblicher Mitglieder und insbesondere Amts- und Mandatsträger in der CDU so anheben können, dass Frauen auch eine entsprechende Repräsentanz haben.

Stellt die Parität für Sie eine mögliche Lösung dar? Parität ist das Ziel. Der Weg dahin ist schwierig. Bei der Landtagswahl in Thüringen beispielsweise war die Wahlliste der CDU zu gleichen Teilen mit Frauen und Männern besetzt, trotzdem sind nur zwei Frauen für die CDU in den Landtag gekommen, weil die Liste gar nicht zog. Deshalb müssen wir tief in die Strukturen der Partei hineingehen und gleichzeitig den Wertewandel voranbringen. Da geht es beispielsweise auch um die Frage, wann beginnen die Sitzungen, ist eine Kinderbetreuung gegeben usw. Wir brauchen Frauen in unserer Partei und deshalb müssen wir größtmögliche Hilfestellungen geben, Verpflichtungen in der Familie, die Arbeit und gesellschaftliches Engagement unter einen Hut zu bekommen. Mir geht es darum, dass Frauen bekommen, was ihnen zusteht. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

1994 wurde der Artikel 3 GG wie folgt ergänzt: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ Glauben Sie, dass eine weitere Änderungen bzw. Ergänzung erforderlich ist? Falls ja, wie würden Sie den Artikel 3 GG ergänzen bzw. ändern? Nein, das denke ich nicht. Der Staat fördert die Gleichberechtigung von Männern und Frauen. Wir haben auch Einiges unternommen, um Frauen mehr zu unterstützen: Wir haben die Mütterrente und Elternzeit eingeführt, die Angebote zur Kinderbetreuung ausgebaut und mit der Brückenteilzeit einen Anspruch auf Rückkehr auf eine Vollzeitstelle nach einer Teilzeitphase geschaffen. Auch von der jüngst beschlossenen Grundrente profitieren insbesondere Frauen. Das hat auch etwas mit dem Respekt vor der Lebensleistung von Frauen zu tun.

Wie lassen sich Partnerschaft/ Familie, Beruf und politisches Amt vereinbaren? Jede Familie muss für sich selbst entscheiden, welcher Weg für sie richtig ist. Der Staat muss dazu die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen, dass jede Familie die freie Entscheidung hat. Der Ausbau von auch Betreuungsmöglichkeiten, die Schaffung von flexiblen Arbeitsmöglichkeiten aber auch Elternzeit und Elterngeld gehören dazu. Mein Mann hat sich mit Blick auf seine Karriere zurückgenommen, um meine Karriere zu ermöglichen. Ich bin ihm dankbar für seine Unterstützung und die unserer Kinder.

Wie kann man junge Frauen dazu bringen, sich stärker für die Politik zu begeistern und selbst in die Politik zu gehen? Es geht um euch, es geht um eure Zukunft. Bringt euch ein! Politik wird von denen gestaltet, die mitmachen. Und nur so funktioniert Demokratie.

Welche Veränderungen wünschen Sie der zukünftigen Generation von Politikerinnen? Wir diskutieren in der CDU intensiv das Thema Dienstpflicht besonders intensiv diskutiert. Vor einigen Jahren noch war ein Hauptbestandteil einer solchen Debatte: „Sollen bei einem Dienstjahr auch Frauen einbezogen werden?“. Das ist heute gar kein Thema mehr, sondern eine Selbstverständlichkeit. Genau das wünsche ich mir auch in vielen anderen Debatten.

Die Mütter des Grundgesetzes

Friederike NADIG
(SPD)

1897 - 1970

Elisabeth SELBERT
(SPD)

1896 - 1986

Helene WEBER
(CDU)

1881 - 1962

Helene WESSEL
(Zentrumspartei)

1898 - 1969

DSI AKTUELL

Interview mit Johannes STEINIGER



MdB, Bundestagsabgeordneter

Warum entschieden Sie sich in die Politik zu gehen? Ich hatte schon immer ein Interesse daran wie politischen Prozesse funktionieren und im Einzelnen ablaufen, deswegen bin ich auch schon in frühen Jahren in die Junge Union eingetreten. Schon mein Vater hat sich politisch engagiert im Stadtrat und als Ortsvorsteher in meiner Heimatstadt Bad Dürkheim, was mich sehr geprägt hat.

Wie stehen Sie zum Titel unseres Projektthemas „Mehr Frauen in die Politik!“? Ich finde eine stärkere Einbindung von Frauen in die Politik gut: Das gilt natürlich auch für meine Partei, die CDU. Im Vergleich zu Spitzenpositionen in der Wirtschaft sind wir in der CDU mit Frauen in Führungspositionen gut aufgestellt.

Wie viele Frauen sind Mitglieder Ihrer Partei? Der Frauenanteil von weiblichen Parteimitgliedern in der CDU liegt bei 26,3 % im Jahr 2018 laut dem Statistischen Bundesamt.

© Deutscher Bundestag / Achim Melde

Warum sollte es mehr Frauen in der Politik geben? Weil Politik ein Abbild der Gesellschaft sein soll und momentan Frauen in politischen Ämtern unterrepräsentiert sind.

Welche Rolle spielt die Geschlechtszugehörigkeit in der Politik? Aus meiner Sicht und Wahrnehmung spielt das Geschlecht in der Politik keine Rolle.

Fühlen Sie sich innerhalb Ihrer Partei gleichberechtigt oder gleichgestellt? Ja.

Gab es Situationen, in denen Sie sich nicht gleichberechtigt bzw. gleichgestellt gefühlt haben? Nein.

Nehmen Sie trotz Gleichberechtigung einen Unterschied beim Umgang zwischen Männern und Frauen in der Politik wahr? Ich nehme keine Unterschiede wahr, es mag jedoch Unterschiede in der jeweiligen Ausübung ihrer Ämter geben.

Welche Chancen und Probleme sehen Sie für die Durchsetzung der Gleichberechtigung in der Politik? Eine Chance ist sicherlich, dass mehr Frauen, die sich engagieren, tatsächlich auch in politische Ämter gehen. Hierbei hilft die aktuelle Debatte zur Chancengleichheit.

Statistisch gesehen, gibt es in Deutschland ca. 42 Mio. Frauen und ca. 40 Mio. Männer. Auf politischer Ebene (Kommunal-, Landes-, und Bundesebene) sind ca. 25-30 % Frauen vertreten. Wie lässt sich diese Diskrepanz auf politischer Ebene erklären? Diese Frage wird in der Wissenschaft kontrovers diskutiert. Diese beschriebene Diskrepanz ist jedenfalls kein befriedigender Befund.

In einem Artikel der Süddeutschen Zeitung vom 24.10.2019 ist von einem Antrag mit dem Titel „Mehr Frauen in der CDU, in Ämtern und Mandaten“ die Rede. Kennen Sie diesen Antrag und wie stehen Sie zu diesem Antrag? (<https://www.sueddeutsche.de/politik/frauenquote-cdu-antrag-parteitag-1.4654518>) Ich kenne den Antrag und befürworte die Intension dahinter, eine verbindliche Quote als Mittel lehne ich jedoch ab.

Welche Lösungsansätze erachten Sie für sinnvoll und notwendig? Frauen und Mädchen müssen stärker informiert und motiviert werden, etwa durch Infoveranstaltungen in Schulen und Unis oder durch bestimmte Angebote wie Schnuppertage und Praktika. Ein Beispiel ist der „Girls-Day“, an dem Frauen für einen Tag in vermeintliche „Männerberufe“ eintreten.

Stellt die Parität für Sie eine mögliche Lösung dar? Wie oben erklärt lehne ich eine verbindliche Quote ab.

1994 wurde der Artikel 3 GG wie folgt ergänzt: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ Glauben Sie, dass eine weitere Änderung bzw. Ergänzung erforderlich ist? Falls ja, wie würden Sie den Artikel 3 GG ergänzen bzw. ändern? Ich finde das Grundgesetz gibt an dieser Stelle klare Leitplanken für Gleichstellung und gegen Diskriminierung vor.

Wie lassen sich Partnerschaft/ Familie, Beruf und politisches Amt vereinbaren? Das Arbeitspensum erfordert ein hohes Maß an Disziplin. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist somit wie in vielen anderen zeitintensiven Berufen eine Herausforderung.

Wie kann man junge Frauen dazu bringen, sich stärker für die Politik zu begeistern und selbst in die Politik zu gehen? Ergänzend zu meinen Antworten oben muss uns daran gelegen sein, dass möglichst viele Frauen vor Ort in den kommunalen Parlamenten ihren Einstieg in die Politik verfolgen.

Welche Veränderungen wünschen Sie der zukünftigen Generation von Politikerinnen? Ich glaube, dass die Unterschiede in der Politik zwischen Männern und Frauen in zukünftigen Generationen kein Thema mehr sind, da sich die Gesellschaft in den letzten Jahren und Jahrzehnten stark verändert hat.

Resümee der 9. Klasse

Die Auswertung unserer Recherche- und Interviewergebnisse hat uns verdeutlicht, dass wir in Deutschland, insbesondere in den letzten Jahren, großartige Fortschritte bei der Gleichberechtigung von Männern und Frauen erreicht haben. Die Grundsteine hierzu wurden am 18. Januar 1949 gelegt, als die „Mütter des Grundgesetzes“ (Friederike Nadig, Elisabeth Selbert, Helene Weber und Helene Wessel) den heutigen ersten Satz von Absatz 2 in Artikel 3 (**Männer und Frauen sind gleichberechtigt**) im Grundgesetz verankerten. Dies brachte uns erfolgreiche Politikerinnen hervor, wie Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer oder ihre Vorgängerin im Verteidigungsministerium und aktuelle EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Bei all den Namen könnte der Eindruck entstehen, dass unser Projektthema „Mehr Frauen in die Politik?“ nicht zeitgemäß ist, da wir in Deutschland genügend Frauen in der Politik wahrnehmen können. Jedoch ergaben unsere Recherchen, dass der Anteil an weiblichen Parteimitgliedern nicht dem Anteil von Frauen in Führungspositionen entspricht. Als mögliche Lösung wird immer wieder die Parität diskutiert, sodass wir unsere Interviewpartner mit der Parität konfrontierten. Herr Steiniger lehnt eine verbindliche Quote ab, während Frau Kramp-Karrenbauer und Frau Magwas diese befürworteten. Diese Antworten entsprachen auch dem Meinungsbild unserer Klasse: Während alle Mädchen dafür stimmten, lehnten dies die meisten Jungs ab. Die Frage, ob trotz Gleichberechtigung ein Unterschied beim Umgang zwischen Frauen und Männern in der Politik wahrgenommen wird, verneinte Herr Steiniger, während Frau Kramp-Karrenbauer und Frau Magwas diese Frage bejahten. Wir als Klasse kamen zu dem Ergebnis, dass innerhalb unserer Gesellschaft immer noch stark zwischen den Geschlechtern unterschieden wird. Einige Beispiele hierzu waren: 1.) Die meisten Jungs dürfen länger raus, wobei die meisten Mädchen im Haushalt helfen müssen. 2.) All unsere Mütter übernehmen das Kochen in unseren Haushalten, jedoch kennen wir keine Starköchin. 3.) Der Altersunterschied von Heidi Klum zu Tom Kaulitz wird medial diskutiert, während dies bei männlichen Promis nicht erfolgt. Diese Beispiele verdeutlichten uns, dass Frauen und Männer gleichberechtigt, aber nicht immer gleichgestellt sind. Aus diesem Grund formulierten wir auch die Frage, ob sich unsere Interviewpartner gleichberechtigt oder gleichgestellt fühlen. Während Herr Steiniger diese Frage bejaht, wird die Gleichberechtigung von Frau Magwas innerhalb der CDU bejaht, jedoch in Bezug auf Frauen in Führungspositionen verneint. Zudem lieferte sie uns zwei interessante Lösungsansätze: 1. Impulse/ Bestrebungen von der Parteibasis und 2. Gesetzgeberische Maßnahmen. Aufgrund der Tatsache, dass wir als Klasse es auch als gesamtgesellschaftliche Aufgabe empfinden, haben wir als 3. Lösungsansatz die Gleichstellung formuliert. Für Frauen sollten keine anderen Maßstäbe gelten. Eine Politikerin sollte nicht aufgrund ihres Aussehens bewertet werden, während dies bei Politikern kein Kriterium darstellt. Bei einer echten Gleichstellung von Männern und Frauen wären auch die Diskussionen über verbindliche Quoten obsolet und wir hätten letztlich „MEHR FRAUEN IN DER POLITIK!“.

Karikatur der Woche



Statement der Woche

Allein an den Antworten der Jungs in unserer Klasse können Sie sehen, wie Ihre Meinung lautet. Wenn mehr Frauen in der Politik wären, würden die meisten wahrscheinlich auch nicht so denken.

Dankeschön der Woche

Für die Beantwortung unserer Fragen und die Unterstützung unseres Projektes danken wir Frau Annegret Kramp-Karrenbauer, Frau Yvonne Magwas, Herrn Johannes Steiniger, Frau Nermin Balantekin-Kaya und Herrn Bernd Staske, allesamt CDU/CSU.

Standbild der Woche



Interview mit Yvonne MAGWAS



MdB und Vorsitzende der Gruppe der Frauen in der CDU/CSU

Warum entschieden Sie sich in die Politik zu gehen? Schon kurz nach der Schulzeit wurde mein Interesse an der Politik im Allgemeinen und der CDU im Besonderen geweckt. Im Wahlkampf 1998 engagierte ich mich für den damaligen vogtländischen Bundestagsabgeordneten Rudolf Braun. Auch wenn es mit der CDU politisch gesehen damals nicht so rosig aussah, mein Fieber war geweckt! Die logische Konsequenz: 1998 trat ich in die Junge Union Vogtland und wenig später in die CDU ein. Bis 2007 war ich als Kreisvorsitzende der Jungen Union Vogtland aktiv und sammelte politische Erfahrungen.

Wie stehen Sie zum Titel unseres Projektthemas „Mehr Frauen in die Politik!“? Den Titel finde ich gut. Das Anliegen unterstütze ich!

Wie viele Frauen sind Mitglieder Ihrer Partei? Der Frauenanteil liegt in der CDU bei 26 Prozent.

Warum sollte es mehr Frauen in der Politik geben? Gemischte Teams sind am besten und am erfolgreichsten – sowohl in Unternehmen als auch in der Politik. Um eine gute Politik für alle Menschen zu machen, ist es wichtig, dass die Sichtweise von Frauen stärker in die Politik eingebracht wird. Das ist eine Bereicherung.

Welche Rolle spielt die Geschlechtszugehörigkeit in der Politik? Frauen bringen eine andere Sichtweise in die Politik ein. Das ist eine Bereicherung.

Fühlen Sie sich innerhalb Ihrer Partei gleichberechtigt oder gleichgestellt? Grundsätzlich fühle ich mich persönlich in der CDU gleichberechtigt. Aber wenn ich sehe, wie wenig Frauen in der CDU und in unserer Bundestagsfraktion Führungspositionen bekleiden, sind wir Frauen nicht gleichberechtigt.

© Deutscher Bundestag / Achim Melde

Gab es Situationen, in denen Sie sich nicht gleichberechtigt bzw. gleichgestellt gefühlt haben? Nein.

Nehmen Sie trotz Gleichberechtigung einen Unterschied beim Umgang zwischen Männern und Frauen in der Politik wahr? Ja.

Welche Chancen und Probleme sehen Sie für die Durchsetzung der Gleichberechtigung in der Politik? Seit der Einführung des Frauenwahlrechts vor 100 Jahren wurde in Deutschland für Frauen viel erreicht. Auf diesem Fundament bauen wir heute auf. Frauen müssen zugreifen, wenn sich ihnen die Chance auf ein Amt oder Mandat bietet. Manche Frauen zögern hier zu lange oder trauen sich zu wenig zu, obwohl sie hervorragend ausgebildet und qualifiziert sind. Das ist schade.

Statistisch gesehen, gibt es in Deutschland ca. 42 Mio. Frauen und ca. 40 Mio. Männer. Auf politischer Ebene (Kommunal-, Landes- und Bundesebene) sind ca. 25-30 % Frauen vertreten. Wie lässt sich die Diskrepanz auf politischer Ebene erklären?

Die Mitarbeit in den Parteien ist für die Mehrheit der Frauen nicht attraktiv genug gestaltet. Viele Frauen vereinbaren bereits Beruf und Familie erfolgreich miteinander – für Hobbies oder ehrenamtliches Engagement bleibt nicht mehr viel Zeit. Wenn dann die Rahmenbedingungen so gestaltet sind, dass z.B. die regelmäßige Teilnahme an Sitzungen schwierig wird, weil Sitzungen sehr lang dauern und Beschlüsse erst am Schluss gefasst werden, entscheiden sich viele Frauen gegen die aktive Mitarbeit in einer Partei.

In einem Artikel der Süddeutschen Zeitung vom 24.10.2019 ist von einem Antrag mit dem Titel „Mehr Frauen in der CDU, in Ämtern und Mandaten“ die Rede. Kennen Sie diesen Antrag und wie stehen Sie zu diesem Antrag? Ja, den Antrag kenne ich.

Er wurde vom Bundesvorstand der Frauen Union der CDU Deutschlands zum CDU-Bundesparteitag in Leipzig eingebracht. Als stellvertretende Vorsitzende der Frauen Union der CDU Deutschlands habe ich diesen Antrag mitberaten und beschlossen. Ich unterstütze diesen Antrag und sein Anliegen mit großem Nachdruck.

Welche Lösungsansätze erachten Sie für sinnvoll und notwendig? Es gibt mehrere denkbare Lösungsansätze:

- 1.) Impulse/Bestrebungen von der Parteibasis her, die zu Veränderungen und einem höheren Frauenanteil innerhalb der Parteien führen
- 2.) gesetzgeberische Maßnahmen, wie etwa eine Veränderung der Parteienfinanzierung (z.B. finanzielle Sanktion aller Parteien, deren Frauenanteil in den Parlamenten nicht auf einem bestimmten Mindestniveau liegt)

Stellt die Parität für Sie eine mögliche Lösung dar?

Ja, das könnte entscheidend zur Steigerung des Frauenanteils in unseren Parlamenten beitragen. Bei der diesjährigen Landtagswahl in Sachsen hat sich eine paritätische CDU-Landesliste bewährt. Deshalb sind in der CDU-Landtagsfraktion jetzt zehn weibliche CDU-Abgeordnete vertreten – wäre die Landesliste nicht paritätisch besetzt gewesen, hätte die Landtagsfraktion nur sechs Frauen. Daran zeigt sich: Parität macht einen Unterschied!

1994 wurde der Artikel 3 GG wie folgt ergänzt: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ Glauben Sie, dass eine weitere Änderung bzw. Ergänzung erforderlich ist? Falls ja, wie würden Sie den Artikel 3 GG ergänzen bzw. ändern? Nein. Eine Änderung des Artikel 3 GG ist meiner Meinung nach nicht erforderlich.

Wie lassen sich Partnerschaft/Familie, Beruf und politisches Amt vereinbaren? All das lässt sich am besten miteinander vereinbaren, wenn die Partnerschaft/Familie gleichberechtigt gelebt wird. Dann ist es selbstverständlich, dass beide Partner sich wechselseitig den notwendigen Freiraum schaffen, damit z.B. jeder Partner an einem Abend pro Woche das machen kann, was er/sie möchte (Hobby, Politik, Freunde treffen).

Außerdem brauchen wir Rahmenbedingungen, die es beiden Partnern ermöglichen, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren. Mit der Einführung der Elternzeit, der Partnermonate etc. sind wir hier schon ein gutes Stück vorangekommen.

Wie kann man junge Frauen dazu bringen, sich stärker für die Politik zu begeistern und selbst in die Politik zu gehen?

Das gelingt z.B. durch positive Vorbilder. Wenn junge Frauen sehen, was Politik bewegt – noch konkreter: was Frauen in der Politik bewegen – kann begeistern und zum Mitmachen anregen. Die Gesellschaft mitzugestalten, ist interessant und aufregend. Die Fragen: Wie wollen wir 2030 leben? Wie gestalten wir Klimaschutz und Digitalisierung? Wie machen wir unsere Gesellschaft zukunftsfähig? sprechen gerade auch junge Frauen an.

Welche Veränderungen wünschen Sie der zukünftigen Generation von Politikerinnen?

Ich wünsche zukünftigen Politikerinnen Gestaltungswillen, Engagement, Durchsetzungskraft und Spaß an der Politik.